



Pressemitteilung

Luxemburg, 28. Juni 2022

EU-Agrarpolitik: Potenzial von Big Data bleibt weitgehend ungenutzt

Die Europäische Kommission profitiert nicht vom Potenzial von Big Data für die Analyse und Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Das geht aus einem heute veröffentlichten Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervor. Obwohl die Kommission über große Datenmengen für die Gestaltung, das Monitoring und die Bewertung der GAP verfüge, lieferten ihr die derzeit verwendeten Software-Anwendungen und Daten nicht alle Informationen, die als Grundlage für die Politikgestaltung auf EU-Ebene benötigt werden. Die Kommission könne die Erfordernisse und die Auswirkungen der GAP daher nicht umfassend bewerten.

Mehr als ein Drittel des EU-Haushalts fließt in die GAP – zwischen 2014 und 2020 waren es 408 Milliarden Euro. Damit unterstützt die Europäische Kommission Aktivitäten der EU-Länder, die verschiedenste, oft miteinander verflochtene Zielsetzungen verfolgen. Diese reichen von der Sicherung der Nahrungsmittelerzeugung, über die Stärkung des Umweltschutzes bis zur Erhaltung der Lebensgrundlagen der Landwirte und der Entwicklung des ländlichen Raums. Um zu beurteilen, ob ihre politischen Maßnahmen dabei helfen, diese Ziele zu erreichen, benötigt die Kommission Daten aus einer Vielzahl von Quellen, um einen kausalen Zusammenhang zwischen einer GAP-Maßnahme und ihren Ergebnissen herstellen zu können.

"Daten sind die Grundlage einer fundierten Politikgestaltung, und die Nutzung von Big Data wird auch in der Landwirtschaft zum Standard", so Joëlle Elvinger, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Die Europäische Kommission sollte ihre Verfahren zur Datenanalyse ausbauen und das Potenzial von Big Data verstärkt nutzen, um die Analyse der GAP auf eine breite Datengrundlage zu stellen."

Die Kommission habe Schwierigkeiten, Daten aus den EU-Staaten bestmöglich zu nutzen. Dies liege vor allem daran, dass diese Daten nicht in einem einheitlichen Format vorlägen, was deren Austausch und Wiederverwendung erschwere. Auch könne die Kommission Daten landwirtschaftlicher Betriebe, die aus verschiedenen Quellen stammten, nur schwer miteinander verknüpfen; es fehlten Systeme, die dies vereinfachen würden, wie etwa eine EU-einheitliche Kennzeichnung für Bauernhöfe. Die EU-Länder übermittelten darüber hinaus vor allem äußerst stark zusammengefasste, "aggregierte" Daten, die für die Kommission nur von begrenztem Nutzen seien. Auch erhebe die Kommission derzeit nicht genügend Daten etwa zum Einsatz von Dünger

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

und Pestiziden oder zu umweltbelastenden Bewirtschaftungsmethoden. Sie habe zudem nur begrenzten Zugang zu den Daten über Bauernhöfe und Agrarunternehmen in den EU-Ländern und daher keinen detaillierten Überblick über die Zuweisung von EU-Geldern.

Um Datenlücken zu schließen und vorhandene Daten gezielter einzusetzen, habe die Kommission verschiedene Initiativen – auch auf Ebene der Gesetzgebung – ergriffen, die zu einer verbesserten politischen Analyse beitragen könnten. So entwickle die Generaldirektion Landwirtschaft der Kommission (GD AGRI) Verfahren für eine breite Nutzung von Geodaten aus dem wichtigsten Verwaltungs- und Kontrollsystem für die Landwirtschaft in der EU (InVeKoS). Die GD AGRI verwende jedoch nach wie vor herkömmliche Methoden wie Tabellenkalkulationen, um die von den einzelnen EU-Ländern gesammelten Daten manuell auszuwerten, anstatt auf Big-Data-Techniken wie Data Mining oder automatische Datenextraktion zurückzugreifen. Sie setze auch keine automatischen oder halbautomatischen Tools zur Datenauswertung ein, obwohl nach Überzeugung der Prüfer mehr Automatisierung möglich sei und der Ersatz zeitaufwendiger, manueller Verfahren einen potenziellen Nutzen biete.

Die Prüfer kommen zu dem Schluss, dass die Kommission erheblichen Spielraum habe, um kostensparende moderne Analyseverfahren für die automatisierte Verarbeitung von Informationen zu nutzen und Daten gezielter für die Analyse der GAP einzusetzen. Auch verwendeten nur wenige der von der Kommission und den EU-Staaten im Agrarbereich eingesetzten IT-Systeme Analyseverfahren, um Prognosen zu erstellen oder Maßnahmen zu entwickeln, die in die Planung oder Gestaltung der GAP einfließen könnten.

Hintergrundinformationen

Weltweit greifen Organisationen immer häufiger auf Big Data zurück, und auch in der Landwirtschaft kommen zunehmend innovative digitale Verfahren zum Einsatz. Daten über Bauernhöfe in der EU werden z. B. mithilfe von Verwaltungsregistern und Umfragen, aber auch mit Mobiltelefon-Apps, Satelliten, Drohnen und Präzisionslandmaschinen erfasst und gesammelt. Umfang und Komplexität von Big Data überfordern jedoch herkömmliche EDV-Systeme und benötigen hochentwickelte Tools bzw. eine besonders hohe Rechenleistung.

In ihren Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung spricht sich die Kommission für einen evidenzbasierten Ansatz aus, demzufolge politische Entscheidungen auf einer möglichst fundierten Datengrundlage beruhen sollten. Eine evidenzbasierte Politik benötigt auf jeder Etappe – von der Planung und Gestaltung über das Monitoring bis zur Bewertung – aussagekräftige Daten. Durch den Einsatz von Daten können die Umweltauswirkungen der Landwirtschaft analysiert, gezielte Maßnahmen entwickelt und datengesteuerte Monitoring-Systeme genutzt werden.

Der Sonderbericht 16/2022 "Daten in der Gemeinsamen Agrarpolitik: Potenzial von Big Data wird für die Zwecke der Politikbewertung nicht voll ausgeschöpft" ist auf der Website des Hofes (eca.europa.eu) abrufbar. Der Bericht ist sowohl für die GAP ab 2023 als auch die GAP für die Zeit nach 2027 relevant.

Pressekontakt

Pressestelle des Europäischen Rechnungshofs: press@eca.europa.eu

- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 621 552 224
- Vincent Bourgeois: vincent.bourgeois@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 551 502
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352)691 553 547